

## **Bericht von der Ratssitzung am 28.05.2009**

Im Grunde genommen war die gestrige Tagesordnung relativ kurz, doch die CDU nutzte die Chance, ziemliches Wahlkampfgetöse um den Zeitplan für den nachzubessernden Haushalt zu veranstalten. Erfreulich waren hingegen zwei Punkte: Unser Dringlichkeitsantrag zum Faschokonzert von Thompson war inzwischen gegenstandslos geworden, weil das Konzert abgesagt worden ist. Und der Rat hat mit großer Mehrheit eine Resolution für ein kommunales Wahlrecht auch für Nicht-EU-BürgerInnen beschlossen. Weniger erfreulich sind die Trickereien um die Konzerthausfinanzierung und das damit verbundene neue Sanierungsgebiet Viktoriaquartier.

Wir berichten über folgende Themen:

- Thompsonkonzert ist abgesagt
- Wahlrecht für Drittstaatenangehörige
- Sanierungsgebiet Viktoriaquartier
- Haushalt

Eine anregende Lektüre wünscht  
DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum

---

### **Thompsonkonzert ist abgesagt**

---

DIE LINKE. im Rat ist von der Antifaschistischen Jugend Bochum (AJB) daraufhingewiesen worden, dass der faschistisch/nationalistisch kroatische Popsänger Marko Perkovic alias „Thompson“ am 6. Juni 2009 im Bochumer RuhrCongress auftreten wollte. Daraufhin haben wir einen Dringlichkeitsantrag für den Rat gestellt, um das Konzert am Vorabend der Europawahl zu verhindern. Kurze Zeit später rief die Oberbürgermeisterin Scholz an, dass die Bochumer Veranstaltungs-GmbH das Konzert abgesagt und dass nie ein rechtgültiger Vertrag existiert habe.

Über diese Entwicklung sind wir sehr, sehr froh. Das Konzert wird allerdings immer noch auf verschiedenen Internetseiten angekündigt. Es bleibt zu hoffen, dass Thompson keinen Ausweichort in Bochum und auch nirgendwo anders findet.

---

### **Wahlrecht für so genannte Drittstaatenangehörige**

---

Die aktive und passive Teilnahme an Wahlen stellt einen Kernbereich politischer Mitbestimmung dar. Die so genannten Drittstaatenangehörigen haben - anders als Bürgerinnen und Bürger aus Mitgliedsländern der EU nicht das Recht an den Kommunalwahlen teilzunehmen. Dies ist für uns

ein demokratisches Defizit. Vor über einem Jahr hatten sich deshalb FDP und DIE LINKE im Ausschuss für Migration und Integration dafür stark gemacht, dass auch diese Bürgerinnen und Bürger das kommunale Wahlrecht erhalten. Der Weg bis zu einer gemeinsamen Abstimmung im Rat war lang und wurde gestern endlich erfolgreich abgeschlossen. Eingebunden in die Kampagne der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretung (LAGA) NRW fordert der Bochumer Rat die Landesregierung auf, sich für das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen einzusetzen. Das ist letztlich nur ein politisches Signal, doch für uns in Anbetracht zunehmender rechter Tendenzen ein sehr wichtiges.

---

### **Sanierungsgebiet Viktoriaquartier**

---

Über die Tricksereien zur Konzerthausfinanzierung haben wir hier schon häufiger berichtet. Gestern wurde dazu ein weiteres, nicht gut durchschaubares Kapitel geschrieben. Das Viktoriaquartier wurde aus dem Sanierungsgebiet Innenstadt herausgenommen und ein eigenes Sanierungsgebiet Viktoriaquartier geschaffen. Geschaffen wurden damit auch neue Sanierungsziele, die u.a. die Realisierung des Konzerthauses beinhalten. Damit können ggf. auch Mittel aus dem Konjunkturpaket II, die für solche Maßnahmen nicht vorgesehen waren, für das Konzerthaus verwendet werden. Herr Townsend hat ja schon das Vordach als mögliches „Auslagerungsprojekt“ genannt. So wird ggf. rechnerisch der städtische Anteil verkleinert. Aber das Geld würde dann für andere sinnvolle Projekte in Bochum fehlen.

---

### **Haushalt**

---

Bekanntermaßen ist der Bochumer Haushalt von Arnsberg nicht genehmigt worden. Das ist aber auch schon so ungefähr die einzige Gewissheit, die es zu diesem Thema gibt. Weder ist klar, ob der gesamte Haushalt neu beschlossen werden muss, noch die Höhe der zu erbringenden Einsparungen / Streichungen, noch bis wann ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden muss. Das alles juckte die CDU wenig, sie wollte schon gestern einen festen Zeitplan für die weiteren Beratungen festlegen. Einigkeit bestand darin, dass das Problem auf jeden Fall so schnell wie möglich zu lösen ist. Nun kann mensch vielleicht durchaus unterschiedlicher Auffassung sein, ob der von der CDU vorgeschlagene Zeitplan realistisch war, aber die immer gleichen Redebeiträge der CDU kann mensch getrost als reines Wahlkampfgetöse abtun. Damit zeichnet sich aber leider auch ab, dass die neuen Haushaltsberatungen von den kommenden Wahlkämpfen überschattet und nicht sehr sachlich ablaufen werden. Sicherlich wurden auch bisher die Haushaltsberatungen dazu genutzt, grundsätzliche Positionen der einzelnen Parteien deutlich zu machen, gleichwohl waren die Beratungen in den Fachausschüssen überwiegend von Sachlichkeit geprägt. Es ist zu befürchten, dass das in den kommenden Monaten nicht so sein wird und vor allem die CDU versuchen wird, sich hier mit viel Getöse zu profilieren. Dem Wohle der Bochumer Bürgerinnen und Bürger dient das nicht.

---

Bochum, den 29.05.2009